

Kernpunkte der Migrations- und Integrationspolitik aus den Wahlprogrammen wichtigsten Bundesparteien im Vergleich

	CDU/ CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	Piratenpartei
Kommunales Wahlrecht für Drittstaatler	Nein	Ja; nach fünfjährigem legalen Aufenthalt	Ja	Ja; nach fünfjährigem legalen Aufenthalt	Ja; Wahlrecht für alle Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene	Ja
Doppelte Staatsbürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Optionsmodell bleibt 	Ja	<ul style="list-style-type: none"> • Ja • Wieder-Erwerb aufgegebener früherer Staatsbürgerschaft erlauben 	Ja	Ja	Ja
Asyl	<ul style="list-style-type: none"> • Zügige Verfahren • Neu: Aufnahme von Drittstaatlern wenn Rückkehr/ Eingliederung im Erstaufnahmeland nicht möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Residenzpflicht abschaffen; dafür Wohnsitzvorgabe • Flughafenverfahren aussetzen • Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete • Stichtagsunabhängiges Bleiberecht für gut integrierte Geduldete • Solidarischer Ausgleich in der EU-Flüchtlingspolitik • Finanzielle Hilfen für Kommunen mit hoher „Armutszu- 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung von: Residenzpflicht, Dublin II-Verordnung, Abschiebehaf, Flughafenverfahren • AsylbewerberleistungsG abschaffen und Asylsuchende wie anerkannte Flüchtlinge nach SGB versorgen • Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Integrations- und Sprachkursen für Asylsuchende • Erhöhung der UN Resettlement- 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete • Stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig und bis auf Weiteres Geduldete • Arbeitserlaubnis für Asylbewerber • Fortführung des UN-Resettlement-Programms nach 2014 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung von: AsylbewerberleistungsG, Residenzpflicht, Sammellagern • Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Grundversorgung, Integrations- und Sprachkursen für Asylsuchende • Bleiberecht für alle ohne gesicherten Aufenthalt, die länger als fünf Jahre hier leben • Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex; Öffnung der europäischen Grenzen für Schutzsuchende und freie Wahl des 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederherstellung der alten Fassung von Art. 16 GG • Ausweitung der Asylgründe (u.a. Flucht aufgrund von Armut, ethnischer oder sexueller Diskriminierung, Umweltkatastrophen) • Abschaffung der „sicheren Herkunftsländer“, individuelle Prüfung des Asylanspruchs • Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern • Ablehnung des AsylbewerberleistungsG; stattdessen gleichberechtigter Anspruch auf Sozialleistungen

		wanderung"	<p>Quote</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einheitliche und hohe Asylstandards in Europa; Einhaltung der Genfer und Europäischen Flüchtlingskonvention • Verbesserung der Situation von Menschen ohne Aufenthaltsrecht 		Mitgliedsstaates, in dem Asyl beantragt wird	<ul style="list-style-type: none"> • Abschiebehaft abschaffen • Abschaffung der Drittstaatenregelung (Dublin II) • Abschaffung der Residenzpflicht, Asylsuchende sollen sich frei in der EU bewegen dürfen • Öffnung der europäischen Grenzen für Schutzsuchende und freie Wahl des Mitgliedsstaates, in dem Asyl beantragt wird
Politischer Schwerpunkt	<ul style="list-style-type: none"> • Fördern und Fordern von Integration • Zuwanderung nach heimischem Bedarf und Interesse ausrichten 	<ul style="list-style-type: none"> • Kultur und Strukturen der Teilhabe • Begriff der „Integration“ durch Anspruch auf Partizipation ersetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerrechte und Inklusion für alle, gleich welcher Herkunft • Menschenrechtsorientierte Flüchtlingschutzpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe ermöglichen; Engagement einfordern • Chancenorientierte Zuwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gleiche Rechte für Migranten und Flüchtlinge • Zuwanderung weitgehend nicht regulieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Inklusion und Mitgestaltungsrecht für alle, gleich welcher Herkunft • Asylsuchende gezielt unterstützen statt sie zu kriminalisieren